



© dbb bremen

Der dbb bremen hat einen neuen Vorstand gewählt: v.l.: Tarifausschussvorsitzender Wilfried Lex, Schriftführer Volker Barthel, Seniorenvertretung Kurt Scherff, stellvertr. Vorsitzender Sven Stritzel, Beirat Jürgen Schrader, Vorsitzender Jörn Schulze, Frauenvertretung Hella Slotke, Schatzmeister Andreas Koziol, stellvertr. Vorsitzender Olaf Wietschorke, Beirat Marko Nix, OV Bremerhaven Ralf Manning, Beirat Oliver Mögenburg

Landesgewerkschaftstag am 30. März 2022

Unter dem Motto

„Der öffentliche Dienst: attraktiv, agil und digital“

Versammelten sich die Gäste, Delegierten und Mitglieder des dbb bremen zum Gewerkschaftstag 2022 im IntercityHotel Bremen.

Auf der lebhaften Delegiertenversammlung wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Mit großer Mehrheit wurde Jörn Schulze (DPoIG) zum neuen Landesbundvorsitzenden gewählt. Der bisherige Vorsitzende Jürgen Köster trat aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl an.

Mit ebenfalls breiter Mehrheit wurden Sven Stritzel (BSBD) und Olaf Wietschorke (BDZ) als stellvertretende Vorsitzende gewählt.

Weiterhin wurden gewählt:

- Schatzmeister: Andreas Koziol (DPoIG)
- Schriftführer: Volker Barthel (DSTG)
- Beiräte: Oliver Mögenburg (BDZ), Marko Nix (komba), Jürgen Schrader (BDR)
- Rechnungsprüfung: Karl Heinz Buchfink (VBB), Joachim Zimmermann (DSTG)

Satzungsgemäß gehören dem Landesvorstand an:

- dbb ortverband bremerhaven: Ralf Manning (DPoIG)
- dbb tarifausschuss: Wilfried Lex (DPoIG)

THEMENÜBERSICHT

- Landesgewerkschaftstag 2022 S. 1
- Ansprache des Bürgermeisters Dr. Andreas Bovenschulte S. 2
- Ansprache des dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach S. 3
- Festvortrag Staatsrat a.D. Prof. Henning Lühr S. 8
- OV-Bremerhaven S. 20
- dbb bremen-Seminar S. 22
- dbb Sommerfest S. 23

- dbb frauenvertretung: Hella Slottke (INS)
- dbb seniorenvertretung: Kurt Scherff (DPVKom)
- dbb jugend: z.Z. nicht besetzt

Der aus dem Landesvorstand ausscheidende Uwe Ahrens und der Vorsteher des OV Bremerhaven Ralf Manning, die beide mehr als zwei Jahrzehnte im Vorstand des dbb landesbund bremen mit viel Engagement tätig waren, wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt und erhielten vom Vorsitzenden eine Ehrenurkunde und ein kleines Präsent.

Im Namen aller Delegierten dankte Jörn Schulze den scheidenden Vorsitzenden Jürgen Köster für seine geleistete Arbeit und seine Verdienste um den dbb bremen.

Jörn Schulze bedankte sich auch bei Jennifer Pannecke und Walter Stricks für ihre Tätigkeit in den vergangenen vier Jahren im Vorstand des dbb bremen.

Nach einer Mittagspause wurde die Veranstaltung mit dem öffentlichen Teil fortgesetzt. Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden und zahlreiche Gäste aus dem Bremischen öffentlichen Leben. Insbesondere begrüßte er den Präsidenten des Senats Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte, die Fraktionsvorsitzende DIE LINKE Sofia Leonidakis, den Fraktionsvorsitzenden Bündnis 90/Die Grünen Björn Fecker, den Landesvorsitzenden der SPD Reinhold Wetjen, den Polizeipräsidenten Dirk Fasse, den Bundesvorsitzenden des dbb Ulrich Silberbach, den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Friedhelm Schäfer und den ehemaligen Staatsrat beim Finanzsenator Professor Henning Lühr.

Zusammenfassungen der Ansprachen des Bürgermeisters und Bundesvorsitzenden, sowie der Festrede von Henning Lühr zum Stand der Digitalisierung finden Sie auf den folgenden Seiten.



*Der Landesbundvorsitzende Jörn Schulze überreicht Uwe Ahrens (links) und Ralf Manning (rechts) die Urkunde zur Ehrenmitgliedschaft und ein Präsent.
© dbb bremen*

Ansprache des Bürgermeisters Dr. Andreas Bovenschulte

Digitalisierungsschub in der öffentlichen Verwaltung

Mit einem ausdrücklichen Dank für das Engagement der Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte sich an die Delegierten des Landesgewerkschaftstages des Deutschen Beamtenbundes gewandt. Die zurückliegenden über zwei Jahren mit den extrem herausfordernden Situationen der Arbeit unter den Bedingungen der Pandemie seien besonders fordernd gewesen:

„Ich möchte Ihnen und allen Ihren Kolleginnen und Kollegen auf den Dienststellen im Namen des gesamten Senats ausdrücklich danken: Der öffentliche Dienst ist den Herausforderungen der Pandemie gerecht geworden. Sie sind die, die in der Krise der Gesellschaft Halt gegeben haben.“

Die Corona-Pandemie hat die Lage des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren maßgeblich geprägt, und dabei einen Digitalisierungsschub ausgelöst und neue flexible Arbeitsmodelle in Hinblick auf Arbeitszeit und Arbeitsort gefördert. Die Arbeit im Heimbüro sei dabei sicherlich nicht immer und von jeder oder jedem begrüßt worden: „Nach vielleicht anfänglicher Freude über die Möglichkeit, das Homeoffice nutzen zu können, hat in den vergangenen zwei Jahren dort sicherlich eine gewisse Ernüchterung eingesetzt. Denn wenn die Kinder betreut werden müssen und das Internet langsam ist, dann ist die Arbeit im Homeoffice nicht immer ein Quell der Freude.“ Ausgelöst wurde letztlich auch ein massiver Digitalisierungsschub in der Verwaltung: „Die Krise ist da ein wahrer Crash-Kurs gewesen.“ Dennoch sei er froh, bekannte Bovenschulte, dass der Landesgewerkschaftstag wieder in Präsenz abgehalten werde. „So mancher – und dazu zähle ich mich auch – hat doch den persönlichen Austausch in den vergangenen beiden Jahren vermisst.“

In diesem Zusammenhang machte Bovenschulte klar, dass Bremen eine Ausbildungssoffensive gestartet hat. Das Land habe den öffentlichen Dienst seit 2020 erheblich personell verstärkt und arbeite stetig an der Nachwuchsgewinnung, Führungskräfteentwicklung und Arbeitgeberattraktivität. Nachdem das öffentlich beschäftigte Personal während der Konsolidierungsphase deutlich reduziert wurde, wird es jetzt seit einiger Zeit wiederaufgebaut. Von 2019 bis 2023 bedeute das für die Kernverwaltung deutlich über 1.000 zusätzliche Vollzeit-Stellen. Vor allem bei den Lehrkräften, bei Polizei, Justiz, Ordnungsdienst, Gesundheitswesen und Feuerwehr wirke sich das aus.

Ansprache des dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach

Das Motto trifft den Nagel auf den Kopf

Nach der Begrüßung des Bürgermeisters

Dr. Andreas Bovenschulte, des ehemaligen Landesbundvorsitzenden Jürgen Köster und des neuen Vorsitzenden Jörn Schulze umriss der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach die durch die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg geprägte äußerst brisante Zeit, in der dieser Landesgewerkschaftstag stattfindet.

Er betonte, dass die Kolleginnen und Kollegen während der Pandemie trotz des Personalmangels und der teils abenteuerlichen sachlichen Ausstattung großes Engagement gezeigt und Unglaubliches geleistet haben. Doch der Fleiß und der Einsatz konnte über viele strukturelle Probleme nicht hinwegtäuschen. Z.B. müssen unsere Kapazitäten im Zivil- und Katastrophenschutz als Teil der allgemeinen Gefahrenabwehr überprüft werden. Eine reibungslose Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern muss gewährleistet sein, um auch im Krisenfall die Versorgung der Bevölkerung und die Staats- und Regierungsfunktionen sicherzustellen.

Silberbach wörtlich: „Angesichts der aktuellen Herausforderungen ist ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst wichtiger denn je! Eine widerstandsfähige Demokratie setzt einen starken öffentlichen Dienst voraus, der die Werte unseres



Bürgermeister
Dr. Andreas Bovenschulte
© dbb bremen



Ulrich Silberbach
© dbb bremen

Grundgesetzes und Rechtsstaats lebt und verteidigt. Doch was macht unseren starken öffentlichen Dienst aus?

Ein starker öffentlicher Dienst ist attraktiv, agil und digital! Mit Eurem Motto zum Landesgewerkschaftstag habt ihr damit den Nagel auf den Kopf getroffen.“

Zum Stichwort „**attraktiv**“ führte Silberbach weiter aus, dass der öffentliche Dienst eine beeindruckende Bandbreite an sinnstiftenden Tätigkeiten bietet. Ob die Kolleginnen und Kollegen z.B. in den Beruf des Polizisten, Steuerfahnders, Lehrers, Erziehers oder in einem Pflegeberuf tätig sind, sie alle sind Menschen im Dienst der Menschen. Sie alle leisten mit guter Arbeit ihren Beitrag dazu, dass das Leben, die Wirtschaft und die Infrastruktur in Deutschland funktionieren.

Allerdings müssen Bund, Länder und Gemeinden auch für eine angemessene Personaldecke sorgen und Arbeitsbedingungen schaffen, mit denen wir den Nachwuchs gewinnen können: Sei es bei den Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten oder dem Fort- und Weiterbildungsangebot für die Beschäftigten. Wenn wir über die Attraktivität des öffentlichen Dienstes sprechen muss auch eine vermeintliche Selbstverständlichkeit gewährleistet werden: Dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Arbeit leisten können, ohne dabei Gefahr zu laufen, angefeindet oder gar angegriffen zu werden.

Auch was **Digitalisierung** angeht, muss unser öffentlicher Dienst deutlich besser aufgestellt werden. Dabei ist die Liste der Vorhaben lang: Breitbandausbau, digitale Identitäten, Digital-Checks für Gesetze, die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes und die IT-Konsolidierung des Bundes. Wenn uns die Technologie aufwendige Administrationstätigkeiten abnehmen kann, bieten uns diese Projekte die Chance, wieder mehr Zeit für die Menschen zu gewinnen, denen wir dienen. Dass die Verwaltung das kann, haben die Kolleginnen und Kollegen hier in Bremen eindrücklich mit dem OZG Digitalisierungslabor unter Beweis gestellt. Mit dem Projekt „ELFE“ (Einfache Leistungen für Eltern) wurde genau das erprobt, was wir uns so sehr wünschen: Eine Vereinfachung der Behördengänge für die Bürgerinnen und Bürger und dadurch eine Entlastung der Beschäftigten.

Verwaltung kann Digitalisierung, man muss sie nur lassen.

Die strukturellen Veränderungen, die Transformation, immer kürzere Informationszyklen und auch Krisen verlangen nach einem öffentlichen Dienst, der auf die Veränderungen reagieren kann und die notwendigen Rahmenbedingungen schafft. **Dieser Wandel setzt Agilität voraus.**

An unseren Vorsitzenden gewandt:

„Lieber Jörn,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in schwierigen Zeiten setzt ihr Euch unermüdlich für die Belange aller Kolleginnen und Kollegen ein. Ich wünsche Euch viel Erfolg für Eure Arbeit- unsere Unterstützung habt ihr in jedem Fall!!

Alles im Sinne eines attraktiven, digitalen und agilen, kurzum eines starken öffentlichen Dienstes.

Vielen Dank.“









Staatsrat
a.D. Professor Henning Lühr

Festvortrag von Henning Lühr

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrte Delegierte!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Motto des diesjährigen Gewerkschaftstages des dbb-Landesverbandes Bremen: **„Der öffentliche Dienst: attraktiv, agil, und digital“**. Damit setzt der dbb Bremen ganz klare Orientierungen:

- bürger:innenorientierte Öffentliche Dienste,
- Attraktive Ausgestaltung der Dienstleistungen
- agil (beweglich, regsam, für Neues aufgeschlossen!)
- und digital!

Eine unmissverständliche Orientierung auf einen leistungsstarken, gut qualifizierten und handlungsfähigen öffentlichen Sektor.

Die Herausforderungen an öffentliche Dienste steigen, die Staatsquote steigt. Corona war die letzte große Krise, die bewältigt werden musste.

Und: Eine klare Ansage auch gegen die ewig Besserwissenden und Nörgler gegen den öffentlichen Dienst.

Auch meine Familie war eher skeptisch. Ich war nach 300 Jahren Familientradition auf dem Bauernhof der erste der in den öffentlichen Dienst ging.

Meine Oma lästerte jedenfalls in ihrer Kaffeerunde beim zweiten Ekkes Edel Kirsch, als ich damals als gerade 16-Jähriger in den öffentlichen Dienst ging. „Uns Lütt ist am Stoot! Ho, Ho, dor hät he sik een feenet ünd eenfacht Leben utsöcht!“

Oma konnte ich nicht mehr so richtig überzeugen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank für die Einladung.

Ich freue mich, heute einige Akzente zur Digitalen Transformation setzen zu können. Damit Sie wissen, wer zu Ihnen spricht:

Ich bin mit gerade 16 Jahren als Anwärter im mittleren Dienst angefangen, in die nächste Laufbahngruppe aufgestiegen und nach erfolgreicher Ausbildung im gehobenen Dienst mit gerade 21 Jahren als jüngster Inspektor in Niedersachsen Sachbearbeiter im „Dezernat Katastrophenschutz, Feuerwehr“ in der Bezirksregierung Lüneburg geworden. Danach habe ich über den zweiten Bildungsweg Jura und BWL studiert.

Nach einigen Umwegen bin ich dann in Bremen gelandet und hier in verschiedenen Verwaltungen gearbeitet. Zuletzt war ich bis 2020

17 Jahre Staatsrat für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Jetzt engagiere ich mich ehrenamtlich z.B. in der Bremer Bürgerstiftung und im Verein Kunst.Hafen.Walle, arbeite als Anwalt und als Prof. h.c. für Verwaltungsmanagement und eGovernment in den Verwaltungs-Studiengängen an der Hochschule Bremen. An der Hochschule leite ich gemeinsam mit Informatikprofessoren:innen das Institut für digitale Teilhabe.

Mein Ziel war in langer Berufspraxis in 14 verschiedenen Verwaltungen immer mit den Kolleginnen und Kollegen, den Personalräten, Frauenbeauftragten und Vertrauensleuten der Schwerbehinderten gemeinsam neue Lösungen zu finden. Mein Wahlspruch war dabei allerdings auch „Wenn das die Lösung sein soll, dann will ich mein Problem wiederhaben“.

Ich will Ihnen heute keinen Vortrag über die Wunderwelt der Digitalisierung halten. Noch will ich als Anhalter durch die Galaxis der digitalen Transformation mitfahren und Ihnen von schönen Erlebnisse berichten. Auch will ich keine Lobeshymne auf die Bremer Digitalisierung halten, mir quasi selbst auf die Schulter klopfen.

Meine Ausgangsthese:

„Digitale Transformation ist mehr als die Elektronifizierung der klassischen Bürokratie - es geht nur mit den Bürgern und Bürgerinnen und den Beschäftigten gemeinsam!“

In meinem Vortrag geht es um die die Probleme der Umsetzung der Digitalisierung in Deutschland.

Ich werde folgende Schwerpunkte aufgreifen:

1. Wie gehen wir die digitale Transformation in Deutschland an?
Was müssen wir verbessern?
2. Was sind die Entwicklungstendenzen?
3. Digitalisierung im deutschen Föderalismus.
Wie soll die „Digital Governance“ künftig aussehen?
4. Digitalisierung als Interessen- und Gestaltungsfeld der Sozialpartner:innen!

Schwerpunkt 1. „Wie gehen wir die digitale Transformation in Deutschland an? Was müssen wir verbessern?“

Alle reden von Digitalisierung - es passiert aber noch zu wenig!

Die „Digitale Transformation“ ist inzwischen ein neuer Sehnsuchtsort auch in der großen Politik geworden!

Nach vielen halbherzigen Ansätzen der digitalen Transformation gab es mit dem Onlinezugangsgesetz, das OZG, 2017 einen „Paukenschlag“: Bis Ende 2022 sollen alle 575 Dienstleistungen digitalisiert sein. **Was tun?**

Wer sind die Akteure, die in diesem Politikfeld mitmischen?

- 1 Bund
- 16 Länder (jeweils ca. 250 - 400 Behörden)
- 12.000 Kommunen
- 18. 000 Personalräte
- 2 Gewerkschaften (Ver.di, dbb - tarifunion mit weiteren Branchengewerkschaften)

Neben dem Bund als Einzelarbeitgeber gibt es zwei zentrale Arbeitgeberverbände TdL und VKA (allein in Bremen mit über 80 Mitgliedern);

17 Ministerien für öffentliches Dienstrecht

4,7 Mio. Beschäftigte

Die wichtigsten Fragen vorab: Wer macht die Gesetze? Wie sind die Aufgaben verteilt?

„Wir haben im politischen System Deutschlands ein **föderales Mehrebenensystem: EU, Bund, Länder und Kommunen.**“

Die Gesetzgebung ist prozentual wie folgt verteilt: Bund 70 %, Länder 25 % und Kommunen 5 %.

Wie **Verwaltungsaufgaben** zwischen den drei Ebenen Bund, Länder und Kommunen verteilt und prozentual zugeordnet sind.

Ebene	Verwaltungen/ Aufgabenfelder	Anteil an Verwaltungsdienstleistungen
Bund	Ministerialverwaltung, unmittelbare und mittelbare Bundesverwaltung Aufgabenfelder: z. B. Auswärtiges, Bundeswasserstraßen, Zoll, Autobahnverwaltung, Finanzaufsicht, Arbeitsmarkt, Bundespolizei/BKA	10 %
Länder	Ministerialverwaltung, Oberste/obere Landesbehörden, Mittelbehörden, untere Landesbehörden, mittelbare Landesverwaltung Aufgabenfelder: z. B. Ministerialverwaltungen, Steuern, Bildung, Wissenschaft, Polizei, Soziales, und Landwirtschaft/Forsten	15 %
Kommunen (11.092 Gemeinden und Städte, 295 Landkreise und 600 Gemeindeverbände)	Landkreis-/Stadt-/Gemeindeverwaltungen, kommunale Ämter, Betriebe, Anstalten, Stiftungen und Gesellschaften Aufgabenfelder (Auftragsverwaltung und kommunale Selbstverwaltung): z. B. Schule, Erziehung und Weiterbildung, Planen und Bauen, Wirtschaftsförderung, Hoch- und Tiefbau, Gartenpflege, , Arbeitsmarkt, Ordnungsangelegenheiten, Kultur und Bibliotheken	75 %

Jetzt zu den Inhalten und wie es gemacht wird!

Radikal digital!

Was sind die Leitlinien? Wie gehen wir das an?

Inhaltliche Ausrichtung:

- Users first! Beispiel Anton und Luise Amsel
- Once Only-Prinzip (Daten werden nur einmal erfasst! Die Daten sollen laufen, nicht die Bürger:innen)
- Registermodernisierung (mit dem Identifier werden die Daten anlassbezogen herausgesucht)
- Lebenslagenorientierung z.B. Geburt, Heirat, Rente ...
- Einbau in größer angelegte Veränderungsprozesse der Verwaltung

Wie wird der Änderungsprozess gestaltet?

Design-Thinking-Labore als neue Form der Entwicklung (Bund, Länder, bis 2019 drei Kommunen dabei, heute ca. 200)

Wer sollte dabei sein:

- Unmittelbar Betroffene (nicht nur Verbandsfunktionäre), z.B. beim Unternehmenspostfach: Mercedes, Handwerksbetrieb mit 4 Beschäftigten, mittlere und kleine Unternehmen



Jetzt Gewerkschafts- vorteil sichern!



www.bbbank.de/dbb

Einfach den Code scannen und sofort in unsere exklusive
Vorteilswelt für Mitglieder in dbb-Fachgewerkschaften
eintauchen.

BBBank eG
Hutfilterstraße 16-18, 28195 Bremen
Telefon 0421 3656937-0
E-Mail filiale.355@bbbank.de
Jetzt online einen Termin sichern:
www.bbbank.de/termin

- Beteiligung der Beschäftigten „Auswahlverfahren“
- Einbeziehung der Fachleute aus der Verwaltung aus dem Maschinenraum
- Einbeziehung verschiedener Verwaltungen eGewerbebeanmeldung: Berlin, Bremen, Großenkneten
- Vertreter der Qualifizierung, z.B. AFZ Bremen war in Bremen dabei
- Einbeziehung der Interessenvertretungen
(Wie wird der Rückkoppelungsprozess organisiert?)

Einbeziehung von öffentlichen Dienstleistern und Beratungsunternehmen

- Kooperation mit öffentlichen Dienstleistern, die wiederum auch einen Transfer in andere Bereiche organisieren können (Dienstleister als verlängerte Werkbank der Entscheider)
- Wenn externe Unterstützung, dann nachhaltig einsetzen! Wie funktioniert das flächendeckend?
- Einer für alle? Einer für Viele? - die Grundmaxime
- Nachnutzung der entwickelten Prototypen klären

Wo stehen wir?

Das Ergebnis gleich am Anfang: Bei der Digitalen Transformation hat Deutschland erhebliche Probleme! Deutschland spielt nicht in der „Champions-League der digitalen Transformation“, das zeigen die konstant schlechten Tabellenplätze im europäischen Vergleich.

Solche Rankings bieten in der Regel eine Statusbeschreibung der Situation, aber keine Erklärung für die Entwicklungshemmnisse. Um einzelne Prozesse der innovativen Veränderung einleiten zu können, müssen nach der wissenschaftlichen Analyse Einschätzungen erarbeitet werden, wie Veränderungen der digitalen Transformation erreicht werden können. Nur dann kann zielorientiert ein Veränderungsprozess initiiert werden.

Viele Berater:innen sagen: Das liegt am Föderalismus!

Wenn nur das föderale Staatsystem der maßgebende Grund wäre, der die digitale Transformation beeinträchtigt, dann ist es allerdings nicht erklärbar, dass politische Systeme mit föderalem Staatsaufbau erheblich ausgeprägtere Entwicklungen als Deutschland aufweisen.

Verwaltungswissenschaftliche Forschung muss daher ihre Arbeitsschwerpunkte auf die einzelnen Problemlagen des Mehrebenensystems und die die konkreten Anwendungen fokussieren.

Ein positives Beispiel ELSTER, das elektronische Steuerverfahren. Die von den Finanzbehörden zur Verfügung gestellte Software zur Abgabe einer elektronischen Einkommenssteuererklärung ist ein Erfolgsmodell geworden und stößt auf eine sehr große Resonanz. Das Land Bremen hat die Entwicklung ausdifferenziert und den Zugang durch lebenslagenorientierte Felder (z. B. Heiraten, Kinder, Todesfall, Start in Selbstständigkeit) verbessert und eine neue organisatorische Ausgestaltung und Außenpräsentation (Ein großflächiges Hinweisschild leuchtet die ganze Nacht. Vor dem Haus gibt es WLAN! Die halbe Discomeile steht nachts vor dem online-Finanzamt!). Das „Online-Finanzamt Bremen/Bremerhaven“ ist als fiktive Einheit aller Bremer Finanzämter, die die eSteuererklärung in den Normalbetrieb integriert haben, in der Schillerstraße geschaffen worden. Herzlichen Dank an die Personalräte der Finanzämter für die tatkräftige Unterstützung.

Dass digitale Angebote nicht so wie erwartet in Anspruch genommen werden, wie die Verwaltung es geplant hatte, wirft natürlich auch die Frage auf, ob die Verwaltung die Interessen der Bevölkerung genau kannte.

Das OZG sieht vor, dass ab 1.1.2023 im Portalverbund 575 Dienstleistungsbündel elektronisch abgerufen werden können.

Dafür wurde ausdrücklich das verwaltungsebenenübergreifende Format von „gemeinsamen Workshops“ von Vertreter:innen von Bund, Ländern, Kommunen und öffentlichen Dienstleistern als Auftakt des umfassenden Prozesses der OZG-Umsetzung eingesetzt. Dieser Prozess ist vom IT-Planungsrat in 14 Themenfeldern konkretisiert worden und mit einem systematischen Vorgehen verknüpft worden, u.a. Arbeit und Ruhestand, Bauen und Wohnen, Bildung, Wissenschaft, Ein- und Auswanderung, Gesundheit, Familie und Kind, Forschung und Förderung, Unternehmensführung und -entwicklung, Recht und Ordnung, und Steuern und Zoll. Bremen macht davon die Themenfelder „Familie und Kind“ (konkret: ELFE - Einfache Leistungen für Eltern) und Unternehmensführung und -entwicklung“, z.B. die eGewerbeanmeldung und das einheitliche Unternehmenskonto.

2020 war „Halbzeit“ des Einführungsprozesses.

Es sind durchaus prozessorientierte Entwicklungsschübe und insgesamt eine weitere Verbreitung der online-Angebote zu verzeichnen. Es zeigt sich aber gleichzeitig, dass teilweise erst die notwendigen weiteren gesetzlichen Voraussetzungen durch die Bundes- bzw. Landesgesetzgeber geschaffen werden müssen, um die mit dem OZG bezweckte Schaffung von Portalen, Nutzerkonten, einheitlichen Unternehmenskonten, der Umsetzung der Registermodernisierung, der Erarbeitung von länderübergreifenden Nachnutzungskonzepten im Rahmen einer übergreifenden Steuerung und eine Verknüpfung mit bestehenden IT-Fachverfahren rechtlich zu umrahmen. Allein ELFE erfordert ca. 14 gesetzliche Änderungen.

2022 zeichnen sich weitere Lösungen ab, wobei es sich noch um die Ausgestaltung der Erstverfahren, des Prototyps, geht.

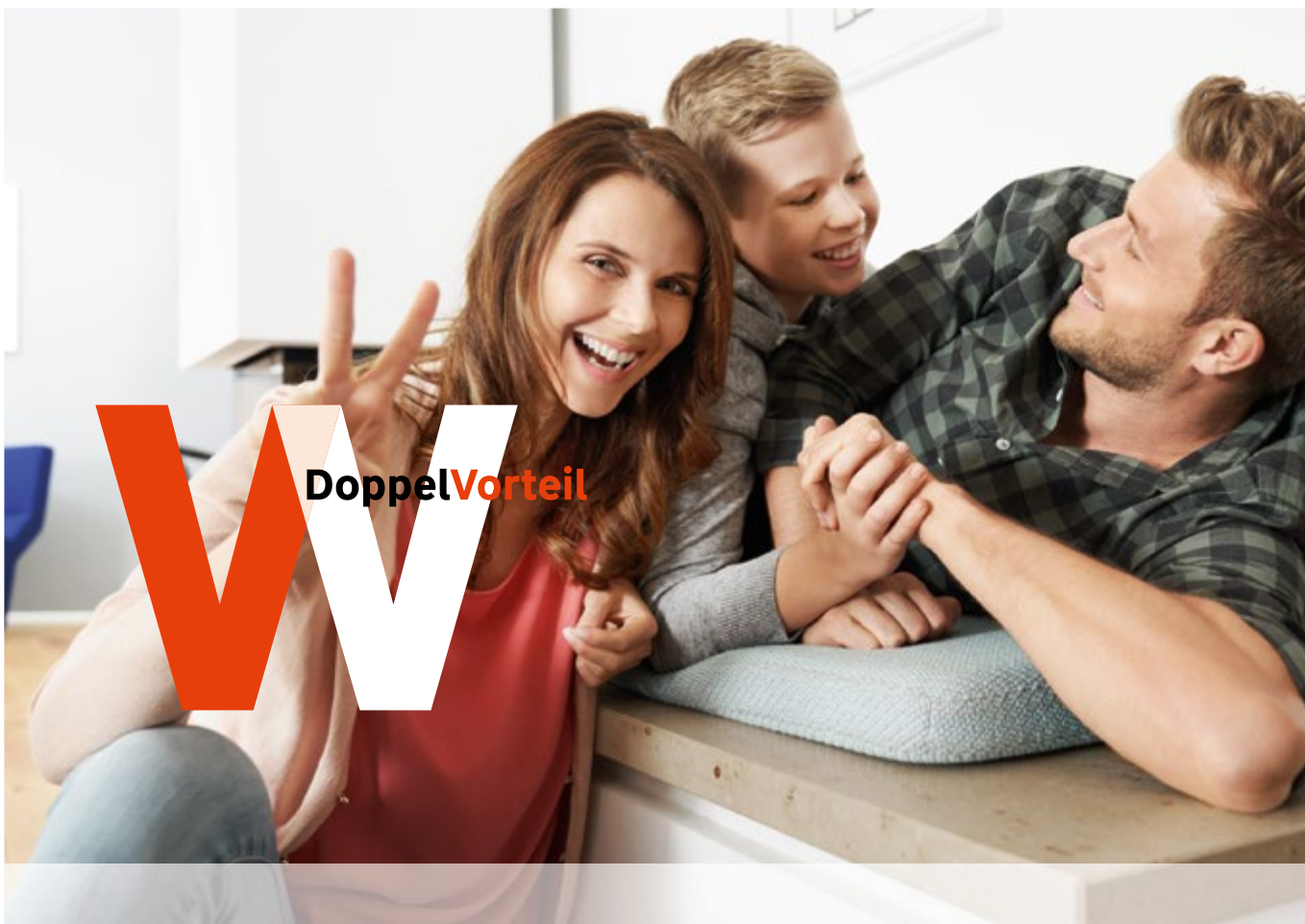
Die sog. Nachnutzung und die Übernahme in den Echtbetrieb mit allen rechtlichen Rahmenbedingungen sind natürlich als drängendes Problem bekannt, aber noch nicht abschließend geregelt. Inzwischen haben sich Länder, Kommunale Spitzenverbände und IT-Dienstleister von Bund, Ländern und Kommunen in einer eingetragenen Genossenschaft zusammengeschlossen um als Verbund und Netzwerk die Nachnutzung gemeinsam umzusetzen.

Schwerpunkt 2 „Wie sind die Entwicklungstendenzen der Digitalisierung?“

KI als Kürzel für „Künstliche Intelligenz“ ist neben den verschiedenen Umsetzungsbereichen der digitalen Transformation weitere neue Herausforderungen für staatliches Handeln: Durch KI werden Hardware und Softwaresysteme mit sog. „intelligenten Leistungen wie automatische Beweise, Expertenwissen, natürlich-sprachliche Kommunikation, Animation, Auswertungen, Robotik, Abstraktion, Lernvermögen“ etc. ausgestattet. Damit entwickeln sich durch forcierte Forschungsaktivitäten die Anwendungsbereiche im öffentlichen in immer neueren Dimensionen: Chatbots, Dialog- und Assistenzsysteme, Auftragsvergaben sowie Verteilungs- und Koordinierungsaufgaben und z.B. in der Brandbekämpfung und beim Facilitymanagement. Weitere Anwendungsvarianten sind neben der Weiterentwicklung und Aktualisierung der Lerninhalte und die KI-Kompetenzen auch insb. die unmittelbare unterrichtbezogene Nutzung im Schulwesen. „KI auf dem Weg ins Klassenzimmer“ ist eine neue bildungspolitische Leitformel für interaktive Lernangebote im Schulunterricht und Systeme zum Selbstlernen.

Gleichzeitig wachsen die Problemlagen entsprechend mit. KI als „einfache“ Spracherkennung bei der polizeilichen Anzeigenaufnahme, selbstlernende mündliche Informations- und Auskunftssysteme oder robotikunterstützte System in der Pflege sind letztlich problemfrei handhabbar und erzeugen keine gesellschaftlichen Problemlagen.

Hier werden natürlich Algorithmen benötigt, die allerdings transparent, diskriminierungsfrei und korrigierbar sein müssen. Die neue gesellschaftliche Dimension entsteht,



Wohnwünsche realisieren – doppelt profitieren. Kompetente Beratung und exklusive Vorteile für Sie und Ihre Familie.

Den Traum vom Eigenheim realisieren, die Anschlussfinanzierung regeln oder die erforderlichen Modernisierungs-Maßnahmen umsetzen. Vertrauen Sie auf die Sicherheit und Kompetenz Ihrer Bausparkasse für den öffentlichen Dienst.

dbb-Mitglieder und ihre Angehörigen (Ehe-/Lebenspartner, Kinder, Enkel) profitieren zusätzlich: halbe Abschlussgebühr beim Bausparen und attraktive Zinsvorteile in der Baufinanzierung.

dbb.wuestenrot-doppelvorteil.de/beratung

Besuchen Sie unsere Wüstenrot-Service-Center oder kontaktieren Sie uns per

E-Mail: dbb@wuestenrot.de

Telefon: 0228 2590-1532

W&W wohnen heißt
wüstenrot

Eine Bausparkasse für den öffentlichen Dienst

**Partner im
dbb vorsorgewerk**

W&W wüstenrot

wenn KI zur Verhaltenskontrolle, Überwachung, Identifizierung und Entscheidungssteuerung z. B. bei Personalentscheidungen eingesetzt und genutzt wird. Hier sehe ich klare verfassungsrechtliche Grenzen!

Neben der ethischen und verfassungsrechtlichen Betrachtung, Einordnung und Bewertung wird auch die Frage des „Iron Mon am Arbeitsplatz“ ganz neue Herausforderungen erzeugen: Organisation der Arbeit, Prozesse, Arbeitsbedingungen, Rahmenbedingungen der Beschäftigung und natürlich auch für die Strategien und Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen.

Auch die Pandemie in den Jahren 2020 - 2022 und die sich daraus ergebenden Anforderungen an öffentliches Handeln erzeugen eine neue Qualität der digitalen Transformation, die erheblich über die generalstabsmäßig bürokratische OZG-Umsetzung hinausgeht. Die Pandemie hat damit einen neuen politischen Diskurs über die Anforderungen an öffentliches Handeln erzeugt, die auch eine neue Qualität von Staatlichkeit und öffentlicher Steuerung und beschleunigter öffentlicher Entscheidungsfindung einfordert.

Der bisher noch auf die vollständige Digitalisierung der Einzelarbeitsvorgänge der Verwaltung ausgerichtete Gestaltungsprozess wird inzwischen überlagert, ergänzt und weiterentwickelt durch die Diskussion über die „Digitale Daseinsvorsorge“. Damit wird eine neue Dimension der Digitalisierung öffentlicher Dienste eröffnet, die auf eine Kooperation aller Beteiligten auf der lokalen Ebene setzt.

Dieser insbesondere bei den kommunalen Spitzenverbänden diskutierte Ansatz geht von einem sektorübergreifenden Ansatz aus: Verwaltung, öffentliche Wirtschaft, private Wirtschaft und Zivilgesellschaft arbeiten zusammen. Z.B. im Gesundheitswesen: niedergelassene Ärzte, Krankenhäuser, Gesundheitsämter, Pflegeeinrichtungen und ambulante Betreuungen, Sportverein, IT-Dienstleister etc. kooperieren miteinander, um eine optimale Daseinsvorsorge zu erreichen.

Neu zu justieren sind im digitalen Zeitalter die Sphären von Verantwortung, aber nicht nur wegen der ausgewogenen Verteilung der Machtfelder. Es geht darum, die demokratische Beteiligung und Entfaltung von individueller Freiheit zu ermöglichen und Sozialstaatlichkeit zu gewährleisten.

Die Frage ist, ist dies sektoral für Verwaltung oder gemeinsam für Verwaltung, Institutionen der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft in den einzelnen Handlungsfeldern abzubilden:

Ist die digitale Bildung oder das kulturelle Angebot eine öffentliche Aufgabe oder überlassen die gesellschaftlichen Entscheidungsträger dies Google und Amazon?

Folgen die digitalen Angebote dem Prinzip der Daten-Ökonomie oder werden sie nach den Prinzipien des rechtsstaatlichen Handelns, des gleichen Zugangs und der Datenschutzkonformität gestaltet und betrieben?

Werden Plattformen für soziale Dienste künftig als Internetdienste vom Markt erbracht oder werden den Sozialleistungsträgern eigene Handlungsmöglichkeiten für die Kooperation eröffnet?

Es gibt viele Fragen, bisher noch wenig Antworten. Wichtig ist, dass wir den Diskussionsprozess in Gang bringen!

Bei den „Digitalen Rathausgesprächen 2020“ in Bremen war die Digitale Daseinsvorsorge das zentrale Thema.



Die Debeka-Gruppe

TRADITIONELL GUT ABGESICHERT

[f](#)
[i](#)
[t](#)
[v](#)
[i](#)
[n](#)

www.debeka.de

Traditioneller Partner
des öffentlichen Dienstes

Debeka

Das **Füreinander** zählt.

Debeka-Landesgeschäftsstelle
Konsul-Smidt-Str. 62
28217 Bremen
Telefon (04 21) 3 65 03 - 0

Digitale Daseinsvorsorge hat insoweit viele Anknüpfungspunkte und Herausforderungen:

- „Users First“ als Prinzip erfordert, dass die Verwaltung dort aktiv ist, wo die Menschen sich selbst aufhalten. Wie kann das gewährleistet werden? Benötigen wir eine neue Vertrauensdimension in der digitalen Alltagsbewältigung im kommunalen Sozialraum?
- Wie entwickeln sich die Staatstätigkeit und die kommunale Selbstverwaltung?
- Ergeben sich hier vielleicht neue Arbeitsteilungen im Föderalismus auch als Folge der Digitalisierung?
- Gibt es bei der OZG Umsetzung nur eine „Elektronifizierung“ der klassischen öffentlichen Dienste oder werden auch öffentliche Aufgaben neu gedacht müssen, in neuen Prozessen?
- Wie soll diese Innovation organisiert werden? Von welcher Entscheidungsebene soll dies gesteuert werden?
- Was bedeutet das für die Interessenvertretung?
- Digitale Souveränität oder private oder öffentliche/private Plattformen? Gibt es neue Formen der föderalen Zusammenarbeit bei Plattformen, zum Beispiel in Genossenschaften? Wie verändern sich Kooperation und Kommunikation zwischen Wirtschaft und Staat?

Damit sind zunächst die Problemlagen der aktuellen digitalpolitischen Diskussion und Entwicklung aufgezeigt. Aufzuhalten ist dieser Prozess nicht, wir alle müssen diese Herausforderungen annehmen. Die Alternative ist ganz einfach: Amazon/Google oder digitale Souveränität im demokratischen Sozialstaat.

Schwerpunkt 3 „Digitalisierung im deutschen Föderalismus - Wie soll die „Digital Governance“ künftig aussehen?

Keine Angst, jetzt folgt keine staatstheoretische Abhandlung. Wir schalten noch einmal zurück zu unserem Mehrebenensystem: EU, Bund, Länder und Kommunen.

Die Frage ist eigentlich ganz einfach: Wer trifft wo die Entscheidungen über Digitalisierung?

Grundsätzlich funktioniert der deutsche Föderalismus so: Der Bund macht die Gesetze und die Länder (und die Kommunen als Auftragsverwaltung) führen die Gesetze aus.

Deshalb müssen beide Seiten beteiligt werden!

2008 haben Bundestag und Bundesrat die „Gemeinschaftsaufgaben“ in Abschnitt VIIIa des Grundgesetzes erweitert. Art. 91c des Grundgesetzes schafft die Voraussetzung, dass Bund und Länder gemeinsam in einem Gremium entscheiden. Die Institution heißt „IT-Planungsrat“ und steuert die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und regelt die IT-Standardisierung übergreifend. Mitglieder sind Minister:innen und Staatssekretäre/ Staatsräte, u.a. seinerzeit Herr Söder als Bayrischer Finanzminister. Der Vorsitz wechselt jährlich zwischen Bund und Ländern nach dem Alphabet, 2019 war Bremen dran.

Der IT-Planungsrat musste lange um seine neue Rolle kämpfen. Inzwischen hat er mit der Föderalen IT-Kooperation - FITKO - in Frankfurt mit 60 Beschäftigten und der Koordinierungsstelle IT-Standards - KoSIT - in Bremen mit ca. 30 Beschäftigten zwei Verwaltungseinheiten. Die Kommunen entsenden nur Mitglieder ohne Stimmrecht.

Übersicht: Management des E-Government in Deutschland in der bestehenden institutionellen Mehrebenenarchitektur

	EU-Institutionen, Regierungsinstitutionen, Festlegung von Verantwortlichkeiten	Verwaltungsebenen- übergreifende Koordinierung	Dienstleister
Europa	EU-Kommission Kommissarin für Digitalisierung	Generaldirektion Informatik	
Bund	Kabinettsausschuss Digitalisierung der Bundesregierung Chef des Bundeskanzleramts BMF: zuständig für IT-Dienstleister BMI: zuständig für eGovernment, Cyber-Sicherheit BMVI	Digitalrat (übergreifende Aufgaben) IT-Planungsrat (Bund / Länder / Kommunen) Durch Art. 91 c GG und Staatsvertrag festgelegte Aufgaben: IT-Standards, OZG-Einführung, Netze, ...	Dienstleister des Bundes
Länder	CIO's der Länder Ressortübergreifende Koordinierungsinstanzen (z. B. Transformationsrat im Land Bremen)	Fachministerkonferenz Digitalisierung	z. B. Dataport (Mehrländer - AÖR, in SH auch für Kommunen), Dienstleister der Länder
Kommunen	Kommunen in jeweils eigener Verantwortung	Kommunale Spitzenverbände (Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag)	Kommunale IT-Dienstleister (Dachverband VITAKO) KGSt als Beratungseinrichtung der Kommunen

Es gibt natürlich viele Probleme:

- Welche Aufgaben hat der IT-Planungsrat genau?
- Wie werden die Kommunen besser eingebunden?
- Hat der IT-Planungsrat ein eigenes Budget?
- Wie wird die Entscheidung organisiert?

Klassisches Entscheidungsverfahren: Ich stimme nur zu, wenn die Behörde nach Bayern kommt!

Daraus haben wir gelernt? Die KoSIT ist nach Bremen gekommen, der Bund, die Länder finanzieren die laufenden Kosten.

Deshalb ist eine Reform der Entscheidungsstrukturen dringend notwendig.

Ich kam mir als Vorsitzender wie ein Fahrstuhlführer zwischen den föderalen Ebenen vor.

Beispiel: Essen und Getränke bei der Kaminsitzung. Bei der Sitzung in Bremen habe ich die Kommunalvertreter gegen den Willen des Bundes zum Kamin eingeladen. Das BMI hat die Erstattung verweigert. Ich habe dem Bundesinnenminister geschrieben, dass ich die 70 Euro selbst bezahlt und die Quittung als Dokument für den nicht funktionierenden Föderalismus eingerahmt habe.

Minister Seehofer hat mir eine nette Mail als Antwort geschrieben.

Also: Die Wirkung der Entscheidungen muss beide Seiten betreffen.

Föderalismus ist kein Schichtkuchen, sondern ein Marmorkuchen!

Amerikanische Wissenschaftler haben den Begriff geprägt: Marbel-Cake-institution.

Konkrete Änderungsvorschläge für die Institution sind:

Aufgaben müssen erweitert werden.

Kommunen müssen beteiligt werden.

Beteiligung der Sozialpartner ist ein notwendiger Ansatzpunkt:

Sonst werden die Entscheidungen oben getroffen und die betriebliche Ebene läuft leer, muss nur noch vollziehen. .

Schwerpunkt 4 :**Digitalisierung als Interessen- und Gestaltungsfeld der Sozialpartner:innen!**

Kein Geheimnis ist: Digitalisierung mischt die Arbeitswelt richtig auf!

Einige Probleme kurz in Stichworten:

- Arbeit auf Abruf (kapazitätsorientierte Arbeitszeit)
- Entgrenzung von Arbeitsort, -zeit und -organisation
- Führung nur noch als Netzwerk
- Kommunikation nur noch über Endgeräte
- Fluktuierende Wissenswelten
- Halbwertzeit der Qualifikation, Entwertung von Qualifikationen!

Was tun?

Es ist wichtig, dass eine Auseinandersetzung mit den Inhalten und den damit verbundenen Auswirkungen erfolgt.

Die Leitformel muss sein:

Arbeit 4.0 ist mehr als nur eine neue Version des Betriebssystems für die öffentliche Verwaltung - wir nehmen die Herausforderung an!

- Nicht nur Auswirkungen kompensieren („das Schlimmste verhindern“),
- sondern: Arbeit neu gestalten, eigene Akzente setzen
- beteiligungsorientierte Gestaltung von Arbeit im öffentlichen Sektor (Veränderungsmanagement, Befähigung zur Beteiligung aller Beschäftigten)

Handlungsfelder für die Gestaltung sind:

- Faire Beschäftigung (Lebenszeitprinzip als Grundlage, Stärkung der internen Mobilität)
- Arbeitspolitische Ansätze zur Entgrenzung, z.B. Festlegung von Präsenztagen
- Home-Office als neue Chance nutzen, Rahmenbedingungen klären.
- Es müssen neue Führungskulturen in der neuen Arbeitswelt entwickelt werden.
- Vom „Wissensmanagement by Eichhörnchen“ zum „transparenten und medienbruchfreien Arbeiten „in neuen Wissenswelten“
- Personalentwicklung jenseits des „Perpetuum immobile“, Qualifizierung als rechtlich verbindlicher Anspruch. Neue Kompetenzen werden erforderlich sein, dazu hat das Projekt „Qualifica Digitalis“ des IT-Planungsrates, das von Bremen federführend in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern durchgeführt wird, neue Erkenntnisse geliefert.
- Barrierefreiheit und Diversity-sensible Personalpolitik sind mehr als ein Beipackzettel für bittere Medizin. Wir müssen neue Ideen der Integration entwickeln.

Das sind erhebliche Herausforderungen für die Interessenvertretungen und Leitungen in den Dienststellen!

Für die Interessenvertretungen in den Dienststellen

- Personalräte
- Frauenbeauftragte
- Schwerbehindertenvertretungen, aber auch für die Leitungen der Dienststellen entwickeln für die organisatorischen und sozialen Angelegenheiten der klassischen Mitbestimmung neue Voraussetzungen und Gestaltungsfelder der Beteiligung und Zusammenarbeit. Die klassische „Maßnahme“, die personalvertretungsrechtlich der Mitbestimmung unterliegt, löst sich letztlich in vielschichtigen Prozessen der Veränderung auf.

Die neuen Herausforderungen sind:

- Prozessorientierte Beteiligung der Interessenvertretung statt Beteiligung nur an Einzelmaßnahmen. Bremen hat hierzu eine Dienstvereinbarung abgeschlossen, die Ehrlich gesagt, nicht nur Dienststellenleitungen Probleme bereitet hat.
- **Beschäftigtenbeteiligung:** Wie erfolgt die Auswahl, Bezahlung? Wie wird verhindert, dass die Kolleginnen und Kollegen benachteiligt werden? Wie wird die Beschäftigtenbeteiligung gemanagt? Wie ist das Verhältnis zur Interessenvertretungen?
- **Verteilung und Organisation der Arbeit:** Sind noch die alten Geschäftsverteilungspläne maßgebend? Was heißt agile Arbeit? Wie wird „Flexibilität“ einvernehmlich gestaltet?
- **Neue Formen der Zusammenarbeit und Führungsmodelle:** Wir brauchen neue Führungskräfteleitbilder! Grundsätze für die Führung! Führungskräftefeedback!
- **Digitale Teilhabe aller Beschäftigten:** Wie schaffen wir es, alle einzubeziehen? Vermeidung einer Zweiklassengesellschaft?
- **Digitale Barrierefreiheit:** Zugang zur Technik? Beschäftigungsprogramme für Menschen mit Beeinträchtigungen?
- **Mobilität:** Mobilität heißt die neue Herausforderung: Das Homeoffice lässt grüßen! Dieser Entwicklungsprozess muss gesteuert werden!

Tarifpolitik

Der dbb und Verdi haben im letzten Jahr Tarifgeschichte geschrieben:

Der erste Tarifvertrag zur Gestaltung der digitalen Transformation!

Mit dem im Jahr 2021 zwischen dem Bund, Ver.di und dem Beamtenbund abge-

schlossenen und zum 1.1.2022 in Kraft getretenen Tarifvertrag zur Digitalisierung ist eine neue Qualität auf dem Sektor der tarifvertraglichen Gestaltung von Digitalisierung und Statussicherung für ca. 126.000 Beschäftigte in der Bundverwaltung erreicht worden. Er umfasst folgende Felder:

- ▶ **Arbeitsplatzsicherung und Qualifizierung:** Wenn die bisherige Tätigkeit „digitalisierungsbedingt“ wegfällt oder die Einarbeitung in eine neue Tätigkeit es erforderlich macht, erhalten Beschäftigte einen Anspruch auf Qualifizierung – und sind aber auch verpflichtet, an der Qualifizierung mitzuwirken.
- ▶ **Entgeltsicherung:** Eine Entgeltsicherung tritt ein, wenn die neue Tätigkeit mit einem geringeren Tabellenentgelt als bei der früheren Tätigkeit verbunden ist.
- ▶ **Mobilität:** Regelungen zur Vergütung der zusätzlichen Mobilität sowie Rahmenregelungen für mobile Arbeitsformen sind ebenfalls enthalten.

Dieser tarifliche „Durchbruch“ zeigt, dass inhaltlich durchaus mehr Gestaltungsfelder eine Rolle spielen könnten, insbesondere die Regelung der Rahmenbedingungen für die Nutzung des „Homeoffice“ und die Qualifizierung sind Merkmale, die für den Verwaltungssektor neue Akzente setzen. TdL und VKA zieren sich noch.

**Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
Gestatten Sie mir eine Schlussbemerkung!**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!
Ich möchte Ihnen Mut machen: Gewerkschaften und Interessenvertretungen sind gefordert.

„Einmischen, um mitzumischen!“

Wir brauchen starke Gewerkschaften, um die Erneuerung der öffentlichen Verwaltung voranzubringen! Die Pandemiekrise hat gezeigt, dass das der öffentliche Sektor handlungsfähig ist, weil die Beschäftigten tatkräftig angepackt haben!



*Ralf Manning und die neue
Vorsitzende Heike Nau
© OV Bremerhaven*

Der Ortsverein Bremerhaven hat einen neuen Vorstand gewählt

Auf der Mitgliederversammlung des OV-Bremerhaven am 21. April 2022 im Hotel Haverkamp wurde im Beisein des Landesbundvorsitzenden Jörn Schulze von den Mitgliedern der 18 Einzelgewerkschaften ein neuer Vorstand gewählt.

Dabei wurde Heike Nau (DPoIG) zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie löst Ralf Manning im Vorsitz ab (siehe Bild).

Weitere Vorstandsmitglieder sind:

Stellvertreter:	Wilfried Lex (DPoIG)
Kassenwart:	Oliver Mögenburg (BDZ)
Beisitzer:	Anita Tobias (BPV)
	Hella Slottko (INS)
	Joachim Hölzel (VBB)

Kassenprüfer sind Birgit Gebauer (VAB) und Ottmar Jurgeit (VBL).

Wir wünschen dem neuen Vorstand eine erfolgreiche, kollegiale Zusammenarbeit in der vor ihm liegenden Wahlperiode.

In seinem Bericht als scheidender Vorsitzender erinnerte Ralf Manning daran, dass 1997 der Kollege Manfred Brandau sich unbedingt einen Nachfolger einer lokalen Behörde wünschte, zumal Bremerhaven ein eigenes Stadtparlament und mit dem Magistrat einen von Bremen unabhängigen selbstständigen Dienstherrn hatte. Das hatte und hat bis heute auch Auswirkungen auf die politische Zusammenstellung in der Seestadt.

Ralf Manning wurde am 24.04.1997 als sein Nachfolger vorgeschlagen und nahm die Wahl unter der Bedingung an, ein verlässliches Team um sich zu haben. Dazu erklärten sich die Anwesenden damals bereit.

Manning: „Und was soll ich sagen: Ich bin stolz darauf, über all` die Jahre, so ein tolles Team um mich gehabt zu haben.

Dafür danke ich euch!“

Wir haben uns an die Öffentlichkeit, Politik und Medien gewandt und sind nicht nur gehört, sondern dafür auch geschätzt worden!

Er erinnere an die“ Tage des Öffentlichen Dienstes“ unter dem Motto „Ohne uns ist kein Staat zu machen“ in der Innenstadt auf dem Platz vor der Großen Kirche.

Feuerwehr (DPolG), Bundeswehr (VAB und VBB), Zoll (BDZ), das Eich- (BTE) und Finanzamt (DStG), die VGB (komba), die Lehrerverbände (BPhV, INS VBE, VBLB) die Agentur für Arbeit (VBBA) und die Polizei (DPolG) präsentierten sich an den Tagen. Das weckte ein großes mediales Interesse und wir erreichten unzählig viele interessierte Bürger.

Auf den Herbstforen im ehemaligen Hotel Naber und in der Captains Longe im Sail City Hotel konnten wir den Bundesvorsitzenden der Komba, Heinz Ossenkam, den damaligen Bundesvorsitzenden der Philologen, Heinz-Peter Meidinger, und die Bundesvorsitzenden der DPolG, Gerhardt Vogler und Rainer Wendt begrüßen. Funk, Fernsehen (NTV, RTL, N3 und buten un binnen und die Presse (Weserkurier, Süddeutsche Zeitung und NZ) berichteten über unsere Tagungen.

Auch die Politik war stets präsent und stellte auf den dbb-Veranstaltungen stets den Grußwort-Redner. Sei es nur der jeweilige OB, Bürgermeister oder Stadtverordnetenvorsteher gewesen.

Die Durchführung mehrerer Tarif-Besoldungs-Demos und die Fahrten zu den Demos nach Kiel, Hamburg, Hannover, Berlin und Bremen ließ er nicht unerwähnt. Ebenso wie die Demos der Lehrerverbände an den Sonnabenden in der Innenstadt. Das hat uns bei den Bürgern sehr viel Anerkennung und Respekt eingebracht. Viele fragten verwundert: „Warum demonstrieren sie denn außerhalb der Schulzeit und nicht wie sonst immer?“ Und das besondere war, es waren auch sehr, sehr viele Schülerinnen und Schüler in ihrer Freizeit mit auf diesen Demos.

Ebenso führte Manning die Erfolge bei den jeweiligen Personalratswahlen auf Bundes-, Landesebene und im kommunalen Bereich an.

Die Anwesenden dankten ihm für seine jahrelange ehrenamtliche Arbeit und überreichten ihm ein persönliches Präsent, über das er sich riesig freute.

Die Mitgliederversammlung ehrte den Kollegen Michael Franke, der über 20 Jahre im Vorstand des Ortsverbandes mitgewirkt hat.

Red./OV Brhv.



*Der neue Vorstand
des OV Bremerha
© OV Bremerha*

Seminar

„Rhetorik – oder die Lust am Umgang mit Worten“ Bildungszeit am Rande des Geestrückens

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

kleine Auszeit vom Alltag gefällig? Drei Tage (2 Nächte) mit netten Leuten in einem hervorragenden Hotel verbringen? Sich von der Küche aufs Beste verwöhnen lassen? Mitglieder anderer Fachgewerkschaften bei angenehmen abendlichen Gesprächen näher kennenlernen? Oder bei Spaziergängen das Skulpturenufer oder die Klosterruine erkunden? All das bietet - vorbehaltlich der Entwicklung der Corona-Pandemie - der dbb bremen vom **4. bis 6. September 2022** in Burgdorf's Hotel in Hude. Die Kosten betragen für Mitglieder des dbb bremen 80 €, für Mitglieder außerhalb des dbb bremen 110 € und für Nichtmitglieder 146 € (sofern Plätze nicht von Mitgliedern genutzt werden). Die Fahrtkosten werden - unabhängig von der Art der Anreise - in Höhe von 0,30 € pro Entfernungskilometer erstattet. Es empfiehlt sich deshalb, in Fahrgemeinschaften anzureisen. Der Preis versteht sich für Vollpension und Unterbringung in Einzelzimmern mit Dusche, WC, TV, Tel. und WLAN. Wer an einem dieser Seminare bereits teilgenommen hat und begeistert war, darf seine Erfahrungen gerne mit anderen Kolleginnen und Kollegen teilen und sie für eine Teilnahme gewinnen.

Dozent ist (laut Süddeutscher Zeitung) einer der besten Rhetorik- und Kommunikationstrainer im deutschsprachigen Raum, Michael Vetter (Tipp: Einfach mal googeln: www.michael-vetter.com). Der genaue Seminarablauf wird nach Anmeldung von der dbb akademie per Mail übermittelt. Für das Seminar wird die Anerkennung als Bildungszeit nach dem Bremischen Bildungszeitgesetz beantragt. So sparen Sie zwei Urlaubstage.

Anmeldungen sind entweder schriftlich mit dem u. a. Vordruck oder per Mail bis zum 10. Juli 2022 an dbb bremen, dbb bremerhaven oder an die DSTG Bremen zu richten. Bei Anmeldung per Mail sind für die Durchführung des Seminars die u. a. geforderten Daten zwingend erforderlich, sie werden nur für diesen Zweck erhoben und nicht an Dritte weiter gegeben. Mit der Anmeldung erklären sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer damit einverstanden, dass ein Bericht, der auch Fotos ihrer Person beinhalten kann, in den Publikationen des dbb bremen und seiner Fachgewerkschaften veröffentlicht wird. Sollten Sie damit nicht einverstanden sein, teilen Sie dies bitte der Seminarleitung unmittelbar vor Beginn der Veranstaltung mit. Ein Rücktritt ist nach Einladung durch die dbb akademie nur bis zum 1. August 2022 kostenfrei bzw. ohne Nachrücker möglich. Der Rücktritt muss **schriftlich** (per Mail) gegenüber der **dbb akademie und dem dbb bremen** erklärt werden.

Anmeldung zum Seminar: Aktiver Umgang mit Dauerbelastung und Druck

Name, Vorname			Anschrift		
Telefon dienstlich / privat			E-Mail dienstlich / privat		Geburtsdatum
dbb bremen Rembertistr. 28 28203 Bremen dbb.bremen@swbmail.de			dbb bremerhaven An der Mühle 48/50 27570 Bremerhaven dbb.bremerhaven@gmx.de		

Anmeldung zum Seminar 2022 B 137 CS | **Rhetorik – oder die Lust am Umgang mit Worten** | Hiermit melde ich mich zum o. g. Seminar in 27798 Hude, Burgdorf's Hotel, in der Zeit vom 4. – 6. September 2022 an. Den Teilnehmerbeitrag werde ich nach Anforderung bezahlen. Die Datenschutzbestimmungen habe ich zur Kenntnis genommen und stimme diesen zu.

Ich bin Mitglied der Fachgewerkschaft | Ort, Datum, Unterschrift

dbb-Sommerfest

27. August 2022 / Einladung zur Tagestour nach Helgoland

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wieder einmal veranstalten wir unser Sommerfest im Rahmen einer erlebnisreichen Tageskreuzfahrt zur Hochseeinsel Helgoland und laden hierzu alle Mitglieder der Einzelgewerkschaften des Bremerhavener dbb-Ortsverbandes, sowie unsere Gäste, herzlichst ein! Wir fahren mit dem umweltfreundlichen MS Helgoland, das mit flüssigem Erdgas angetrieben wird, von Cuxhaven aus und legen auf der Insel direkt im Südhafen an. Für die Überfahrt haben wir das Bordrestaurant „Kugelbake“ reserviert und für alle Teilnehmer das große „Hafen-Frühstück“ bestellt, das im Gesamtpreis inbegriffen ist.

Neu: Da die Reederei seit dem 29.04. 2022 zusätzlich den Katamaran „Nordlicht“ einsetzt, ändern sich die An- und Abfahrzeiten gegenüber den Vorjahren.

Abfahrt Cuxhaven: 10:15 Uhr Ankunft Helgoland: 12:45 Uhr
Abfahrt Helgoland: 16:15 Uhr Ankunft Cuxhaven: 18:45 Uhr

Die Anreise zum Anleger erfolgt individuell.

Für das Navigationssystem: Am Fährhafen 4, 27472 Cuxhaven

Parkmöglichkeiten: Auf dem PP der Reederei Cassen-Eils neben dem Anleger für 5,00 €/Tag

Am Anleger erwartet euch ab 09:00 Uhr das dbb-Empfangsteam und verteilt hier die Fahrkarten!

Die Teilnahmegebühr (Fahrpreis und Frühstück) beträgt **32,00 € pro Person** (Kinder von 4 – 14 Jahre: 20,00 €) und ist bis zum **06.08.2022** auf das Konto zu überweisen:

dbb Ortsverband Bremerhaven

BBBank eG

IBAN: DE83 6609 0800 0003 1634 66

Stichwort: dbb-Sommerfest 2022

Wichtige Unterstützung für unsere Organisation!:

Sollten unsere 120 Reservierungsplätze durch eure Anmeldungen überschritten werden, können wir den tatsächlichen Bedarf noch bis zum **06.08.2022** anpassen. Bitte teilt uns daher eure Teilnahme möglichst parallel zur Überweisung spätestens bis zu diesem Datum unter der eMail-Adresse: **dbb.bremerhaven@gmx.de** oder telefonisch unter **0471/84137** mit.

Wir freuen uns auf die erlebnisreiche Tagesreise mit euch und verbleiben im Namen des Vorstandes mit kollegialen Grüßen

Heike Nau, Vorsitzende | Ralf Manning, Geschäftsstellenleiter



© OV Bremerhaven

IMPRESSUM

Redaktion:

Carl-Otto Spichal
Kontorhaus
Rembertistr. 28
28203 Bremen

Herausgeber:

Der dbb | report
wird vom dbb beamtenbund
und tarifunion landesbund
bremen herausgegeben.

Telefon
0421 - 700043

Telefax
0421 - 702826

E-Mail
dbb.bremen@swbmail.de

Internet
www.dbb-bremen.de

© Copyright
dbb bremen
OV Bremerhaven

Die veröffentlichten Artikel
decken sich nicht notwendiger-
weise mit Ansichten des dbb-
beamtenbund und tarifunion,
landesbund bremen.
Offizielle Verlautbarungen des
dbb bremen, sind als solche ge-
kennzeichnet. ISSN: 1867-8254.

Ihr Auto und Ihr Zuhause sind bestens abgesichert.



Und Sie und Ihre Familie?



JETZT BERATEN LASSEN!

Wenn es um Absicherung geht, sollten Sie nicht nur an Ihre vier Räder und Ihre vier Wände denken. Denken Sie auch mal an sich und Ihre Lieben.

Ob für das Wohl Ihrer Gesundheit, Alters- oder Pflegevorsorge, Arbeitskraft- oder Hinterbliebenenabsicherung – wir sind jederzeit für Sie da und beraten Sie gerne.

**Kundendienstbüro
Rosemarie Althoff**
Tel. 0421 623040
rosemarie.althoff@HUKvm.de
Kirchheide 46
28757 Bremen
Veogesack
HUK.de/vm/rosemarie.althoff

Mo. – Fr. 9.00 – 12.30 Uhr
Mo. – Di. 15.00 – 18.00 Uhr
Do. 15.00 – 18.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro
Sona Poghosyan**
Kaufrau für Versicherungen und Finanzen
Tel. 0421 454665
sona.poghosyan@HUKvm.de
Hemelinger Heerstr. 25
28309 Bremen
Hemeligen
HUK.de/vm/sona.poghosyan

Mo. – Fr. 9.00 – 13.00 Uhr
Mo., Do. 14.00 – 18.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

**Kundendienstbüro
Thomas Stollberger**
Tel. 0421 69623760
thomas.stollberger@HUKvm.de
Leher Heerstr. 55
28359 Bremen
Lehe
HUK.de/vm/thomas.stollberger

Mo. – Fr. 9.00 – 13.00 Uhr
Mo. 15.00 – 17.30 Uhr
Mi. – Do. 15.00 – 17.30 Uhr
sowie nach Vereinbarung



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig